

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Hüb,  
E. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Sgr. Sachsen  
u. Gr. Sachf. Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 122.

Mittwoch, 10. December.

1873.

## Reichstagswahl.

### Parteienossen!

Von allen Seiten werden an den unterfertigten Ausschuss Anforderungen und Aufforderungen zum kräftigen Eingreifen und Unterstützung zu den Reichstagswahlen gerichtet; wir sind auch gern bereit, Alles anzubieten, was in unseren Kräften steht, doch dazu bedürfen wir auch der Mithilfe aller Derjenigen, welche gleich uns ein Interesse daran haben, daß die sozialdemokratische Partei ihre Vertreter in den Reichstag durchbringt. Vor Allem handelt es sich darum, die Kräfte zu konzentriren auf diejenigen Punkte, wo sichere Aussicht vorhanden. Die Parteienossen derjenigen Wahlkreise, wo absolut keine Aussicht auf Durchbringen eines Candidaten ist, thäten deshalb am besten, die ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel dem Partei-Ausschuss zur Verfügung zu stellen, der ja am besten wissen muß, wo Hilfe am nöthigsten. Sachsen liefert voraussichtlich eine Reihe von Abgeordneten, aber es muß agitiert, es muß organisiert werden; eine ganze Reihe bewährter Parteienossen während des Wahlkampfes sich ganz der Agitation widmen, aber wir müssen Geld haben, um sie zu unterstützen; Wahlaufreife und Flugchriften werden und müssen in Masse verbreitet werden, denn wo das gesprochene Wort nicht hinreicht, muß das geschriebene seine Wirkung thun; alles dies aber ist mit großen Kosten verbunden und kann unmöglich von Einzelnen getragen werden; deshalb stellen wir an sämtliche Parteienossen das Ersuchen, mit ganzer Kraft einzutreten und Opfer zu bringen für die gemeinsame gute Sache. Besonders ersuchen wir die Parteienossen derjenigen Orte, wo voransichtlich nur eine Minorität zu erwarten ist, sich keine unnützen Ausgaben zu machen, sondern ihre Mittel dorthin zu geben, wo ein Sieg voraussichtlich, wenn die Parteienossen ihre Pflicht thun.

Der Vorsitzende des Landes-Wahl-Ausschusses für Sachsen hat sich mit dem Sekretär des Partei-Ausschusses in Verbindung gesetzt und ein Abkommen dahin gehend getroffen, daß der Kassirer des Landes-Wahl-Ausschusses Gelder für den Wahlkampf entgegenzunehmen ermächtigt ist. Wir ersuchen deshalb besonders die Parteienossen in Sachsen, von Obenstehendem Notiz zu nehmen und ihre Pflicht zu thun.

Dresden, den 1. Dezember 1873.

J. Auer, 1. Vorsitzender des sächsischen Landes-Wahl-Ausschusses, Große Bräutigasse 12.

H. Poze, Schriftföhrer, Münzgasse 10, Kassirer.

Die Vorsitzenden der Wahlcomit6s des ersten, zweiten, siebenten, zehnten, elften, vierzehnten, zwanzigsten, einundzwanzigsten und dreißigsten Wahlkreises werden ersucht, umgehend ihre Adressen an die Vorsitzenden oder Sekretär des sächsischen Landes-Wahl-Ausschusses hierher gelangen zu lassen. Zugleich ersuchen wir die Parteienossen obengenannter Wahlkreise, endlich einmal energisch einzugreifen, und sich an der Rührigkeit der Parteienossen anderer Bezirke ein Beispiel zu nehmen. Die Wahlaufreife kommen im Laufe dieser Woche zur Versendung und hofft der Landeswahl-Ausschuss, daß die Parteienossen allerorts in Sachsen für die größtmögliche Verbreitung desselben sorgen werden.

Parteienossen, thut Eure Pflicht, und der Erfolg wird ein großer sein.

J. Auer, 1. Vorsitzender,

A. Ditto-Walster, Sekretär.

Ronsdorf, 2. Dezember. An die Parteienossen im Wahlkreis Renssow-Wettmann. Wie Ihr erfahren habt, finden die Wahlen zum Reichstag am 10. Januar 1874 statt. Da wir die Vorarbeiten begonnen, fordern wir Euch allerorts auf, das Gleiche zu thun und Wahlcomit6s zu bilden, die mit uns in Verbindung zu treten haben, damit wenn es gilt, wir Alle in geschlossener Phalanx vorgehen können.

Wir haben als Candidat unseren Parteienossen Carl Dönnig, Zeichner und Bandwirker von hier aufgestellt; wir erwarten, daß Ihr mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln agitiert; nur frisch ans Werk. Keiner darf auf dem Kampfplatz fehlen!

Das Arbeiter-Wahlcomit6.

J. B.: 1. Vorsitzender: Ernst Wille, Breitestraße.

Kassirer: August Böning, Püthringhamerstr.

Briefe sind an den 1. Vorsitzenden, Gelder an den Kassirer zu richten.

## Denunzianten.

Herr Julius Schulze schreibt in der „Concordia“ vom 14. und vom 21. Nov., unter der Ueberschrift: „Nochmals der Volksstaat“ wie folgt:

„Schreiber dieses genießt die Auszeichnung, daß sich der „Volksstaat“ seit einiger Zeit fast in jeder (!) Nummer mit seinen Correspondenzen befaßt und das ganze Hüllhorn seiner Wuth (!) über ihn ausschüttet. Der Grund ist ein für das Organ einer Partei, die sich mit ihrer rücksichtslosen, ungeschwinkten Wahrheitsliebe brüsst, recht sonderbarer: er ist kein anderer, als daß Schreiber dieses sich bemüht, die im Publikum noch vielfach vorhandene Unklarheit über Wesen und Ziele der „Volksstaats“-Partei zu zerstreuen. Auf diese Bemühungen hin, die sichlich dem wahrheitsliebenden Blatte sehr unangenehm sind, hat dasselbe ihn durch Anhängung des Beinamens „Denunziant“ in den Augen seiner Leser verächtlich zu machen gesucht. Eine alte Regel sagt aber, daß man dasjenige thun muß, was dem Feinde mißfällt.“ Es ist in der

\*) Nach dieser Regel thut der „Volksstaat“ was er „thun muß“, denn er „mißfällt dem Feinde“ unweigerlich; Herr Schulze darf aber nicht vergessen, daß er nicht „mißfällt“, sonst würden wir heut nicht sein Portrait, gemalt von seiner eigenen Hand, bringen.

That wahr, daß es noch immer viele Leute giebt, welche den „Volksstaat“ wesentlich für ein politisches, sich durch Preußenhaß und demokratische Gesinnung hervorzuhebenes Blatt halten, und daß überhaupt die öffentliche Meinung den Einfluß und die Bedeutung dieses Blattes nicht genug würdigt. Unter solchen Umständen ist es einfach Pflicht, zur Aufklärung beizutragen, und das Geschrei über „Denunziation“ soll den Schreiber dieses um so weniger hindern in diesem Geschäfte fortzufahren, als es einfach lächerlich ist, bei Dingen von Denunziation zu sprechen, welche nicht etwa in verschwiegener Stille der Nacht verhandelt und von dem „Denunzianten“ erlautet worden sind, sondern in einem öffentlich erscheinenden Blatte von Jedem, welcher dies will, nachgelesen werden können. Wer sich nicht im Gegensatze zu Staat und Gesellschaft, sondern als verpflichtetes Mitglied beider fühlt, der darf es nicht so machen wie es heute noch viele Leute in mißverständlicher Gutwilligkeit und aus einem Reste alter Antipathie gegen die Organe der Staatsgewalt thun, wenn sie z. B. für den transportierten Verbrecher gegen den begleitenden 3. D. für den für den des Hochverrats Angeklagten gegen den Staatsanwalt Partei ergreifen; sondern er muß die Organe des Staats in der Erfüllung ihrer Aufgabe nöthigenfalls unterstützen (Bravo!), u. A. auch dadurch, daß er das Publikum auf die dem Staate und der Gesellschaft drohenden Gefahren und die gegen beider Bestand gerichteten Bestrebungen aufmerksam macht und auf diese Weise zur Klärung des öffentlichen Urtheils beiträgt. Dies zur Charakterisierung des Standpunktes, den Schreiber dieses einnimmt, und in dem er sich durch die Schimpereien (?) des „Volksstaats“ nicht irre machen lassen wird.

Es ist, wie oben schon bemerkt, recht seltsam, daß der „Volksstaat“ sich so ungemein darüber erboht (?), wenn man einfach die Wahrheit (Schulze und Wahrheit!) über ihn sagt. Indem man Letzteres thut, kann es sich nur um Eins von zwei Dingen handeln: um die Theorie, welche das genannte Blatt vertritt, oder um die Art, wie es dieselbe zur Geltung gebracht zu sehen wünscht. Ueber die von der internationalen Sozialdemokratie gepredigte Theorie kann keinesfalls ein Zweifel obwalten, und seinen Grundsätzen gemäß müßte der „Volksstaat“ sogar allen Denen, welche diese Theorie dem großen Publikum gegenüber klarstellen, hierfür dankbar sein; denn er erklärt dieselbe ja für eine absolut wahre, für eine solche, die nur von der Unwissenheit oder von der Bosheit bekämpft werde, und die also durch sich selbst zum Siege gelangen müsse. Es kann uns also unmöglich ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn wir dem Publikum die Principien, die Ausgangs- oder Zielpunkte des „Volksstaats“ darlegen, und ebenso unmöglich können hier die beliebigen Redensarten von „aus dem Zusammenhang gerissenen Stellen“, von „tendenziöser Auslegung“ u. dgl. greifen, schon aus dem einfachen Grunde, weil Citate hierfür überflüssig sind. Suchen wir zunächst in ein paar aller kürzesten Worten die Theorie des „Volksstaats“ zusammenzufassen. Die international-sozialdemokratische Partei erstrebt ein Staatswesen, in welchem die absolute Volksherrschaft nicht nur den politischen, sondern auch den sozialen Verhältnissen gegenüber (gegenüber! von Schulze!) Platz greift; in welchem alle Production unter Controle der Staatsgewalt stehen, und der genossenschaftlichen Production, jeder privaten gegenüber, von Seiten des Staates aller mögliche Vor- schub geleistet wird. Auch dieses Staatswesen — hier sagen wir zur Theorie gehört, was aber vom „Volksstaat“ anzügliche Male als notwendige Konsequenz derselben bezeichnet worden ist — repräsentiert jedoch nur eine Uebergangsperiode, jenseits deren das Reich des reinen Communismus besteht.

Nun, das ist eine „Theorie“ so gut wie viele andere. Gegen das Aufstellen und Verteidigen einer Theorie, wenn sie nicht gerade eine verbrecherische ist (ei wie gnädig!), läßt sich nichts einwenden, und wäre sie noch so hirnverbrannt; und diese Theorie ist weder eine verbrecherische, noch kann man sie ohne Weiteres (ei wie gnädig!) eine hirnverbrannte nennen. Nun kommen wir aber weiter zur Betrachtung der Art und Weise, wie sie verwirklicht werden soll; und wir irren wohl nicht, wenn wir den Grund für die Erbitterung (ei wie eingebildet!) des „Volksstaats“ darin suchen, daß wir aus der Gesamthaltung und aus einzelnen Stellen des sozialdemokratischen Organs darüber ins Klare zu kommen und dem Publikum reinen (Prer!) Wein einzuschlecken bemüht sind, wie der „Volksstaat“ sich die Verwirklichung seiner Theorie dente und wie er für sie zu wirken bestrebt sei. Versuchen wir nachstehend, ein Gesamtbild dieses Bestrebens zu liefern. Folgt nun das „Gesamtbild“, mit dem „reinen Wein“. Wir ersehen, als Einleitung, daß der „Volksstaat“ an tendenziöser Berlogenheit seines Gleichen suche und: — Nun kommen wir (nämlich Schulze, der im Plural der Majestät von sich spricht). Nun kommen wir zur Hauptsache. Es mag lediglich unsere persönliche Ansicht sein, wenn wir den politischen Haß der Internationalen gegen Preußen für weiter nichts halten als für den, auf dem Grunde sozialer bzw. sozialistischer Bestrebungen erwachsenen Haß gegen das widerstandskräftigste unter den heutigen größeren Staateswesen, und wenn wir demgemäß glauben, es sei ein schwerer Irrthum, die Auffassung und Thätigkeit der „Volksstaats“-Partei für eine wesentlich politische zu halten. Keine persönliche Ansicht, sondern unbedingt Thatsache ist es aber, daß diese Partei nicht auf dem Wege zuerst gewaltsamen politischen, und weiterhin sozialen Umsturzes ihre Ideen zu verwirklichen gedenkt. Daß dem so ist, glauben wir in früheren Nummern

der „Concordia“ schon sattem bewiesen zu haben\*\*); wir haben namentlich die, durchaus unmissverständlichen Stellen des „Volksstaats“ mitgetheilt, in denen Solche, welche eine friedliche Entwicklung wollen, als Verräther an der Arbeiterfrage gebrandmarkt werden. Alle jene Storktionen der Revolution quand mème, alle jene Sympathie-Bezeugungen, die auch den raffendsten, den verbrecherischsten Ausdrücken französischer und spanischer Schwärmergeister gewidmet werden — sie sind natürliche Konsequenzen eines Standpunktes, welcher die ganze heutige Gesellschaft als ein organisiertes, unter dem Schutze des Staates stehendes Kaufsystem betrachtet, und es daher als Pflicht auffaßt und verkündet, dieser Gesellschaft und diesem Staate mit dem einzig richtigen Mittel zu Leibe zu gehen. Dieses Mittel aber besteht darin, zuerst jede Achtung vor den bestehenden Einrichtungen und deren Trägern zu zerstören, die Massen in den Dienst der sozialdemokratischen Idee hinein zu fanatisiren und zu organisiren, und dann, wenn dies Alles weit genug gediehen ist, loszubrechen. Bei genauerer Betrachtung wird man auch finden, daß diese „Praxis“ mit einer „Theorie“, welche die Grundlagen unseres Staats- und Gesellschaftslebens für falsch erklärt, von dem Augenblicke an trefflich übereinstimmt, wo es sich gezeigt hat, daß der allgemeine Entwicklungsgang mit der Theorie nicht übereinstimmen will, sich sogar von ihr abwendet. Da muß denn eben durch gewaltsame Mittel nachgeholfen werden! — Man hat, zur Beruhigung gewisser Leute, das famose Mittel angewendet, die Worte „Commune“ und „Petroleum“ als Kinderchore-Phrasen in Umlauf zu bringen. Wir erinnern wiederholt daran, daß Bebel im Reichstage erklärt hat, die deutschen Communards würden sich vorkommenden Falls schwerlich so gemüthig betragen wie die französischen! — Es folgen dann einige Citate aus dem „Volksstaat“ (und zwar 1) Hoff's Brief, 2) eine Notiz über die Berliner Prostitution, — hier erblickt Herr Schulze im Wort „Königsmauer“ eine Majestätsbeleidigung! — und 3) der Aufruf an die belgischen Soldaten. Darauf geht weiter: „Wir können nach diesen, keineswegs mühsam zusammen- gesuchten, sondern beliebig herausgegriffenen Citaten nicht anders als erklären, daß wir an allen unseren früheren Ausführungen über den „Volksstaat“ und die von ihm vertretene Partei festhalten, auch mit lauter Warnung des Staates und der Gesellschaft wie bisher fortzufahren gedenken. Möge der „Volksstaat“ es für seine Pflicht halten, in der vorstehend charakterisirten Weise zu wählen; wir halten es für unsere Pflicht, dem Publikum Kenntniß hiervon zu geben, und wenn der „Volksstaat“ noch so mühsend (!) über „Denunziation“ schreibt. (Schluß folgt.)

## Der Klassenstaat.

Man macht und häufig den Vorwurf, es sei eine leichtsinnige, jeder Begründung ermangelnde Auflage, die wir gegen den heutigen Staat schleuderten, indem wir ihm den Charakter eines Klassenstaats beilegen. Der uns gemachte Vorwurf des Leichtsinns ist ein leichtsinniger und ermangelt seinerseits jeder Begründung. Was heißt Klassenstaat? Die Organisation des Staates im Interesse einer Klasse, und zwar der privilegierten, herrschenden, d. i. besitzenden Klasse. Wir brauchen die Augen nur aufzuheben, und jeder Blick fällt auf Thatsachen, welche den Klassencharakter des Staates beweisen. Nehmen wir nur den gegenwärtigen „Kraach“, der ein paar Tausend mehr oder weniger hochgestellte, der herrschenden Klasse angehörige Gründer und Schwindler zu mehr oder weniger sanftem Fall gebracht; und ein paar Millionen Arbeiter dem Ueud überliefert hat. Die paar Tausend der herrschenden Klasse angehörigen Gründer und Schwindler, die an dem „Kraach“ schuld sind, die zum großen Theil, selbst nach dem jetzt gültigen, von Bourgeoisgesetzgebern entworfenen Strafgesetzbuch im Zuchthaus geschnitten werden sollten, woher — sie erhalten vom Staat jede erdenkliche Unterstützung, Staatshälfe in des Wortes ausgedehntester Bedeutung. Und die paar Millionen Arbeiter, welche am „Kraach“ vollkommen unschuldig sind, und die in den Zeiten der „Prosperität“ froh gewesen wären, wenn sie es nur halb so gut gehabt hätten, wie die bankrotten „Gründer“? Für sie, für die Mitglieber der beherrschten, nichtbesitzenden Klasse gibt es keine „Staatshälfe“. Keine Regierung denkt daran, ihnen unter die Arme zu greifen, in keiner Kammer ist ein Wort zu Gunsten der Arbeiter gesprochen worden, — der Arbeiter existirt eben für den heutigen Staat nicht, außer um Blut- und Geldsteuer zu zahlen. Was geht des Arbeiters Noth den Staat der Reichen an? Staatshälfe für ihn? Bah! Er soll sich nur nicht mühen, ruhig am Hungertuch nagen, ruhig verhungern — und will er das nicht, „müßt“ er sich — nun, dann soll ihm Staatshälfe zu Theil werden, in Gestalt von blauen Bohren aus der „wunderthätigen“ Zündnadel.

Und bis Kleinste verräth sich der Klassencharakter des heutigen Staates. So lasen wir dieser Tage in der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung“ (vom 3. d.) folgende Notiz:

„Seitens der Generaldirection der Telegraphen ist bekanntlich seit kurzer Zeit die Anstellung von jungen Damen im Alter von 20—30 Jahren, welche der französischen und englischen Sprache mächtig sind, als Telegraphistinnen in gewissen Grenzen für zu- awahltschaft und der Leipziger Staatsanwaltschaft den Beweis liefern kann, garantirt wir Dir ein Hymn von 3—4000 Zhr., und Du brauchst in der „Concordia“, „Frankfurter Presse“ und sonstigen Blättern dieser Contour weder Dich, noch die Leser, noch die unglücklichen deutliche Sprache abzumarten.“

\*) Für Stieber, die sächsische Oberstaatsanwaltschaft und Leipziger Staatsanwaltschaft scheint aber doch nicht „sattlam“ gewesen zu sein.

\*) Ueber Schulze, wenn Du Herrn Stieber, der sächsische Oberstaats-

lässig erklärt worden. Die Anstellung ist mit einem Gehalt von 250—300 Thlr. jährlich verbunden. Die „N. Z.“ („Neue Zeit“) erfährt, daß in letzter Zeit eine große Zahl von Bewerbungen um diese Stellen, und zwar auch von Damen aus den besten Ständen, bei der Generaldirection eingelaufen sind, und daß seitens dieser Behörde beabsichtigt wird, gerade diesen (den besten) Ständen, in denen die Existenz unverheirateter Töchter besonders schwer (!) sicher zu stellen ist, eine Erleichterung durch vorzugsweise Berücksichtigung der Gesuche zu Theil werden zu lassen. Die Generaldirection hat sich übrigens betreffs der Entscheidung über die Anträge der Bewerber völlig freie Hand vorbehalten.

Also offen erklärt: Mädchen „aus den besten Ständen“ werden bevorzugt! Und der Staat hält sich verpflichtet, „unverheirateten Töchtern der besten Stände“ fürsorglich unter die Arme zu greifen. Die „Existenz“ dieser Mädchen „ist ja besonders schwer sicherzustellen!“ O wie mitleidig doch der Staat ist! Schade nur, daß dieser mitleidige Staat nicht bedenkt, wie schwer es erst den „niederen Ständen“ sein muß, die Existenz ihrer unverheirateten Töchter sicher zu stellen, wenn es den „besten Ständen“ schon so schwer ist! —

„Vorzugsweise Berücksichtigung“ der Töchter aus den „besten Ständen“ bei Staatsanstellungen, und Hintanziehung der Töchter des Proletariats; Staatshilfe für die Gräber und großen Spitzbuben, absolute Gleichgültigkeit für das Elend der arbeitenden Klassen — das ist der moderne Klassenstaat.

## Politische Uebersicht.

— „Ich thue nicht mehr mit,“ ertönt es, wo die „Liberale“ nach Candidaten für den Reichstag anfragen. Die Biedermänner — darunter auch der Biedermann — die drei Jahre hindurch der stannenden Welt bewiesen haben, daß sie die Liebe der „gemeinsamen Peitsche“ mit unnachahmlicher Grazie zu empfangen wissen, die bewiesen haben, daß so eine Reichstagesession eigentlich gar nichts Anderes ist, als ein Collegium, in welchem ein „genialer“ Professor den „beschränkten Unterthanen“ das alte Praktikum vom „Gehorchen“ und vom fröhlichen Sterben für Gott, König und Vaterland liest, in welchem die hübsche Demuth als der vollendetste Ausdruck des Männerstolzes gepriesen wird, diese Biedermänner sind parlamentsmüde geworden und gleich Schauspielern, die heiser geworden durch viele Deklamation, lehnen sie es ab, auch ferner „Vollvertreter“ zu sein. Für 80 Wahlkreise, so berichtete dieser Tage die Presse, hätten noch keine Candidaten entdeckt werden können und sogar auf vielfache Anfragen nach Berlin, ob sich dort nicht „deutsche Männer“ fänden, welche ein Mandat übernehmen wollten, sei keine befriedigende Antwort gekommen, da man sogar dort des parlamentarischen „Handwerks“ überdrüssig sei. Am Wohl des Vaterlands verzweifelnde Patrioten haben sich indessen auch an den „Genialen“ nach Barzin gewendet. Wird er helfen? Er kann es wenigstens, wenn er will. Creaturen hat er genug und sitzt doch auch sein Oberpräsident Regidi im preussischen Landtag. Wenn er alle seine Stieber, „Saubirten“ und „catilinischen Existenzen“ zu ehrsamem Reichstagscandidaten bestellt, dann dürfte den achtzig bedrängten Wahlkreisen bald geholfen sein.

Die „Frankfurter Zeitung“, welche in ihrem Leitartikel vom 6. Dezember die Gründe dieser unter den parlamentarischen Biedermännern herrschenden Verzögerungswuth zu erforschen versucht, kommt dabei zu folgendem Resultat:

„Sie bewilligten — mit schwerem Herzen mag's oft geschehen sein — Millionen um Millionen, Dotationen, Cabettenhäuser u. s. w. sie forderten bescheiden Diäten, einmal, zweimal, dreimal. Ein dreimaliges Nein war die Antwort. Sie warteten auf ein freisinniges Preßgesetz, ein drakonischer Entwurf kam ihnen zu Ohren, und der eiserne Wille drohte ihnen zum Schluß noch mit der Zumuthung, die Rechte der Volkvertretung auf Normirung der Heeresziffer für immer preiszugeben.“

„So schieden sie von Berlin. Konnte es anders geschehen, als mit dem traurigen Bewußtsein der Ohnmacht des Parlaments, mit der entnuthigenden Erkenntnis, daß Opfer und Bitten vergeblich seien, daß für die Freiheit keine Stätte sei in dem stolzen Prachtbau, so lange darin absolutistischer Einzelwille herrsche?“

Das Frankfurter Blatt traut somit den abgetretenen „Liberale“ zu, daß sie es dennoch ehrlich gemeint, daß sie dennoch die Freiheit, wenn auch auf dem Wege der „Opfer“ und „Bitten“ gewollt hätten.

Wir werden es nicht tabeln, wenn dem im Uebermaß seiner Schwach untergegangenen Segner ein mildes Urtheil gesprochen wird — wir selbst aber sind zu streng, um dies thun zu können.

Es ist uns einfach unmöglich, zu glauben, daß die Herren „Liberale“ die Freiheit hätten erbetteln wollen. Gerade die Preßgesetz-Affaire beweist dies. Gerade der „Vollstaat“ ist das „abschreckende Beispiel“, mit dem sie die dem Spießbürgerthum gruseln machen, und wenn irgend Jemand weiß, daß die „Liberale“ keine Preßfreiheit wollen, so sind es wir, die wir täglich lesen können, wie in vom Reptilienfond gestützten und andern Blättern der Ruf nach der Unterdrückung des „internationalen Hauptblattes“ erhoben wird! Und offen gesagt — und, die wir so ziemlich die meisten Verfolgungen zu erleiden hatten und noch zu erleiden haben unter der deutschen Presse — die gegenwärtige Preßtyrannie ist uns immer noch lieber als eine schwachvoll erbettelte Preßfreiheit, für welche dem „Löwen des Tages“ pflichtschuldigst die Pfoten zu ledern wären.

Nein, wenn die Herren „Liberale“ zurücktreten, so geschieht dies nicht, weil sie an der „Freiheit“ verzweifeln, sondern weil sie durch ihren unerhörten Servilismus nicht nur zum Gespött aller noch halbwegs denkenden Menschen in Deutschland, sondern zum Gespött aller Länder geworden sind. Es gibt auch solche, die sich daraus Nichts machen, und darum werden wir Pastor, Miquel, Braun u. s. w. auch im nächsten Reichstage wieder sehen und hören. Das sind eben die Leute, wie sie Bismarck braucht. Die „ehrlichen Leute“ des „Genialen“ dürfen keine Scham haben.

Wenn wir die Worte „Liberale“ und „Freiheit“ zusammen stehen sehen, da fällt uns das Berserkers vom Kettenhund ein, der stets sehr eifrig bellte und an der Kette riß —

„Doch übersprang er nie den Strich,  
Den Kreis, den er getreten sich,  
Getreten in den Boden  
Tief mit den treuen Pfoten!“

Glaubt wohl irgend Jemand, daß die Herren „Liberale“ aus dem Kreise des Servilismus, der Palasthaftigkeit je wieder herauskommen werden, den sie sich seit Jahren getreten? — Sapientiam sat!

— Parlamentarische Misère. Die Herren Nationalliberalen und Fortschrittler haben doch nicht gewagt, ihr Votum vom 26. November auch gegen die Abschaffung des Zeitungstempels zu wiederholen, und am 3. d. den betreffenden Antrag der Ultramontanen angenommen, der in Folge dessen mit sehr großer Majorität (351 gegen 6 Stimmen) zum Beschluß erhoben wurde. Zum Beschluß. Was ist aber ein Beschluß des preussischen Landtags? Gerade so viel wie ein Beschluß des preussischen Reichstags. Junker Bismarck will mit der Stempelsteuer ein Händelchen machen: „Genehmigt mir mein Preßgesetz mit dem famosen § 20, und ich genehmige Euch die Abschaffung der Stempelsteuer! Dienst, Gegendienst!“ — So steht die Sache, und der Beschluß des preussischen Landtags vom 3. d. wird als Makulatur im Pulke des „großen Staatsmanns“ schlummern, bis zu dem Tag, wo die „liberale“ Majorität des Landtags die politische Nothwendigkeit des famosen § 20 begriffen haben wird. Und begreifen wird sie. Kein Zweifel. Gegen die „liberale“ Presse richtet sich der Thabden'sche Galgenparagraf nicht, nur die sozialdemokratische und ultramontane Presse gehört an den Galgen. Häufen sich doch schon jetzt die „liberalen Stimmen“, welche ganz ungenirt aufsprechen, daß den Reichsfeinden keine Preßfreiheit zu gewähren sei. Man lese z. B. die cynische Erklärung in der vorletzten Nummer der „Concordia“.

Ein interessanter Zwischenfall in der Debatte über die Stempelsteuer war die Rede des, von den Liberalen als Hort des Liberalismus gepriesenen Ministers Camphausen. Derselbe war durch die Andeutungen Windthorst's über den Reptilienfond so aus der Fassung gebracht, daß er nicht nur dem Mangel an Gründen durch polizeiwidrige Grobheit abzuwehren suchte, sondern auch die liberale Maske vollständig fallen ließ, und von dem Bismarck'schen Preßgesetz mit dem § 20 sagte, die Annahme desselben wäre eine Wohlthat für die Presse gewesen! Die armen Liberalen müssen sich nun wieder einen anderen Gögen aufspitzen, vor dem sie auf dem Bauch rutschen können.

— Der „Kulturkampf“. Die ultramontane „Germania“ in Berlin veröffentlicht die Abschrift eines geheimen Erlasses, welcher seitens des preussischen Regierungspräsidenten zu Düsseldorf den Landräthen der Rheinprovinz zugegangen ist. Das hochinteressante Schriftstück lautet:

Düsseldorf, den 24. November 1873.

Da die Listen zu den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus erst in einiger Zeit wieder hierher zurückgelangen werden, die einzelnen Abstimmungen daher zur Zeit hier nicht constatirt werden können, so erlaube ich Euer Hochgeboren, in die umstehende Nachweisung gefälligst einzutragen, wie die darin namhaft gemachten Lehrer gestimmt haben (ob ultramontan; kirchlich; für die Centrumpartei einerseits, oder regierungsfreundlich; liberal andererseits?) und in der Colonne „Bemerkungen“ ein Urtheil über deren gesammte Haltung in dem gegenwärtigen kirchenpolitischen Kampfe abzugeben.

Nachdem dieses geschehen und die Nachweisung gehörig vollzogen worden, ist diese Verfügung brevi manu schleunigst hierher zurückzusenden.

Der Regierungspräsident.  
gez. v. Endt.

An

den königlichen Landrath, Herrn N. N. zu N.“

Dieser Stieberade ist ein Formular angehängt, das durchaus einem Stedries gleich und einzelne Rubriken enthält, in welche die Merkmale für „gesammte Haltung“ eingefügt werden sollen.

Welches Strafgericht nun wohl über die „Sieger von Sadowa“ hereinbrechen wird, wenn glücklicherweise herausgestellt wird, daß sie für die „Ultramontanen“, für die Reichsfeinde gestimmt haben?

Natürlich werden die Kostgänger des Reptilienfonds in dieser neuesten preussischen Staatsaction, die nichts Anderes bezweckt, als die kirchlich gesinnten preussischen Lehrer zu zwingen, sich der Wahl zu enthalten oder für die Regierung zu stimmen, nichts Anderes erbliden als einen „Fortschritt“ gegen Rom. Ja, der preussische „Fortschritt“ ist weit, weit hinter dem Windthorst zurück.

— Der „blaue Montag.“ Wie unsere bayerischen Parteiblätter mittheilen, wird in München jeden Montag von der hochlöblichen Polizei auf die Arbeiter Jagd gemacht, welche „Blauen“ machen, d. h. Montags nicht arbeiten. Es mögen unter diesen Arbeitern nicht wenige sein, welche sich vielleicht den Sonntag abgequält haben, damit irgend ein großproppiger Bourgeois oder höherer Hoflakai am Sonntag Abend noch seinen Galafrack oder seine Lackstiefeln bekommen hat. Wenn nun solche Arbeiter glauben, es müsse für sie auch ein Tag geben, an dem sie ausruhen können, so kommt die Münchener Polizei und steckt sie als „arbeitscheu“ mit wirklichen Bagabunden, Dieben und sonstigen liebenswürdigen Auswüchsen der heutigen Gesellschaft zusammen in Polizeigewahrsam. Das sind die „freien“ Arbeiter. Wir haben hiermit nur einen weiteren Beweis, daß die Institution der Polizei, wie sie im heutigen Staate besteht, durchaus nicht den Interessen der Gesamtheit entspricht. Die heutige Polizei ist einmal zu stieberischen Zwecken da; zum Andern ist ihre Pflicht, die arbeitende Klasse zu zwingen, sich so viel als nur menschlich möglich für die herrschenden Klassen abzuschinden, und damit ja kein Augenblick verloren werde, steckt man die Arbeiter, wenn sie sich das harmlose Vergnügen des „blauen Montags“ erlauben, in's Loch. So werden die Erzeuger der Werthe traktirt, während diejenigen, welche diese Werthe zum weitans größten Theil verbrauchen und verschleudern, ganz unbehelligt bleiben. Es giebt Bourgeois, deren ganzes Leben ein „blauer Montag“ ist, die so „arbeitscheu“ sind, daß sie in ihrem Fette ersticken, und es wird Niemand gehört haben, daß jemals irgend ein solches Individuum wegen „Arbeitscheu“ verhaftet worden ist. Selig sind eben diejenigen, die nicht arbeiten und doch essen, denn ihrer ist das Himmelreich auf Erden, wenn sie auch Gottes Fraullenzler genannt werden; die Polizei aber läßt solche ungehorsam.

— Aus Oesterreich kommt nach vielen schlechten Nachrichten auch endlich eine gute. Der Kaiser, der am 2. Dezember sein 25jähriges Regierungsjubiläum feierte, hat an diesem Tage eine vollständige Amnestie für die Majestätsbeleidiger“ erlassen und gleichzeitig einen allgemeinen Strafnachlaß in Aussicht gestellt. Die Behörden sind aufgefordert worden, sofort die bezüglichen Berichte einzusenden.

Das ist binnen drei Jahren in Oesterreich die zweite Amnestie, die erste wurde im Februar 1871 bei Antritt des Ministeriums Hohenwarth-Schäffle erlassen, in Folge deren die österreichischen „Hochverräther“ A. Schem, Oberwinder, Most und Andere freilamen.

— Die „Hofzer Zeitung“ ist dieser Tage confiscirt worden und zwar wegen eines aus der Agitationsnummer des „Vollstaat“ abgedruckten Artikels: „Organisirt Euch!“ „Hochverrath“ und

„Vorbereitung zum Hochverrath“ (§ 81 und 86 des Reichsstrafgesetzbuches) war das Sakali, unter welchem die Hofzer Preßjäger das Rothwild erlegten. Dieselben haben indess doch eingesehen, daß in dem confiscirten Artikel von „Hochverrath“ oder dessen „Vorbereitung“ eigentlich absolut nichts zu entdecken ist, und berufen sich nun auf den § 130. Auch gegen diesen können wir keinen Verstoß in dem confiscirten Artikel entdecken und die Redaction der „Hofzer Zeitung“ wird jedenfalls, wenn dennoch ein Prozeß angestrengt werden sollte, den Beweis liefern, mit welcher Voreiligkeit gesetzsunkundige Beamte den Arbeitern ihre Presse vorenthalten. Das ist der Segen der „vorläufigen“ (besser vorläufigen) Beschlagnahme!

— In der Umgegend von Pforzheim treibt zur Zeit wieder der „Agitator“ Schuster sein Unwesen. Derselbe ist von einer kopfhängerischen, augenverdrehenden Ruderstipperschaft als Agent engagirt worden, um den Arbeitern weiß zu machen, sie hätten sich auf Erden brav zu schinden, zu plagen und dabei ja nicht zu müssen, sondern höchstens zu sparen und zu beten, wofür sie dann auch im Jenseits als Lämmer Gottes in Abrahams Schooß eingehen dürfen. Zum Glück ist indessen das arbeitende Volk nicht mehr so dumm, sich auf solchen Keimruthen fangen zu lassen; im Gegentheil ist die Arbeiterbewegung in Pforzheim im kräftigsten Aufblühen begriffen und daß unsere Genossen zu Pforzheim dem frommen Schuster schon tüchtig den Standpunkt klar gemacht haben, ersehen wir aus der „sittlichen Entrüstung“ der gegnerischen Blätter. Der fromme Schuster hat nämlich nicht den Muth, Stand zu halten, wenn ihm Segner gegenüber treten und „verbietet“ deshalb gewöhnlich jede Distastion. Unsere Pforzheimer Freunde lassen sich aber von einem Ruderapostel nichts „verbieten“ und so wird dieser Schuster vielleicht noch zu der Einsicht gelangen, die ihm fehlt: nämlich daß es für ihn das Beste wäre, bei seinem himmlischen Leisten zu bleiben!

— Alle Anerkennung verdient die Opferwilligkeit der in Organisationen vereinigten Münchner Arbeiter. Dieselben haben für ihr, von Parteigenossen Geisler redigirtes Organ „Der Zeitgeist“, in der kurzen Zeit vom 1. Mai bis 19. Oktober nicht weniger als 1063 fl. 18 kr. gesammelt. Renne man uns eine zweite Partei, die für ihre Sache ähnliche Opfer bringt. Die Opferwilligkeit der Münchner Arbeiter können sich aber auch viele Parteigenossen in unsern Reihen als Muster annehmen!

## Gewerkschaftliches.

### Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Schmied, 3. Dezember. Den Mitgliedern benannter Gewerkschaft ist mitzutheilen, daß sich bei der Bevollmächtigtenliste in Nr. 119 des „Vollstaat“ ein Fehler eingeschlichen hat, als es bei Wolfenbüttel Bro. Albert Salzmann, Langherzogstraße 34 und Controlcommission: Leipzig, Adolph Pechsch Antoastraße 19, 2 Tr. heißen muß. Zugleich ist zu bemerken, daß sich in Mannheim eine Mitgliedschaft gebildet hat, und allenfallsige Zuschriften an den dortigen Bevollmächtigten, Schlosser Friedrich Schneider, Lit. 3, 4, Nr. 10 zu richten sind.

Für die Vorortverwaltung: Rich. C. J. Wolf, Langestr. 9, 2.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Da trotz mehrfachen Annahmens Herr Zierfah das fehlende Manuscript des Gewerkschafts-Protokolls noch nicht eingesandt hat, die Fertigstellung des Protokolls jedoch nicht noch weitere 9 Wochen aufgeschoben werden kann, so fordern wir Herrn Zierfah hierdurch nochmals öffentlich auf, das in seinen Händen befindliche Material, Schriftstücke, Telegramme, Anträge u. c. geordnet oder nicht geordnet, gleichviel, an den 2. Schriftführer des Congresses, Herrn Rudolf in Erfurt, zur Bearbeitung einzusenden. Derselbe wird für umgehende Fertigstellung Sorge tragen.

Altona, den 6. Dezember 1873.

Der Ausschuß.

## Correspondenzen.

Mendish, 3. Dezember. In Nr. 116 des „Vollstaat“ vom 26. November o. brachten wir einen Bericht über die Art und Weise der Einsammlung zum 25jährigen Jubiläum eines hiesigen Elementarlehrers. Wir haben ab von allen Persönlichkeiten und hielten wir uns streng an das Sachliche. Trotzdem machten wir uns dabei des Verbrechens schuldig, junge confirmirte Mädchen für Schulkinder anzusehen. Man, wenn man bedenkt, daß jene jungen Mädchen noch nicht zu wissen schienen, wie unschicklich es ist, zu solchen Zwecken von Haus zu Haus zu laufen und dadurch auch auf arme Arbeiterfrauen sogar in Abwesenheit ihrer Männer einen moralischen Zwang (mögen sie sich das in ihrer kindlichen Einfachheit erklären lassen!) zur Weisener aufzuerlegen, und wenn man weiß, daß schon früher zu ähnlichen Umzügen in Mendish Schulkinder verwendet worden sind, so wird man uns wohl auch wegen unsers schrecklichen Versehens gern entschuldigen. Wenn aber die heutige Nummer des Organs für „Schweinsknöchel und Sauerkraut“ in dem Bericht über die abgehaltene Feier des betr. Jubiläums damit abschließt, „daß das, was der „Vollstaat“ in Bezug auf dieses Jubiläum im Voraus berichtete, bloße Erfindung, und was in demselben Artikel über die hiesigen Schulverhältnisse stand, sinnlose Verdrehung“ sei, ohne nur mit einem Worte nachzuweisen, was erfunden und sinnlos verdreht worden, so halten wir eine solch knabenhafte Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit (wenn auch ganz im Sinne unsrer Koryphäen der Schweinsknöchelchen-Politik) für so abern und absurd, daß wir uns in unsrer Abwehr ganz kurz fassen können. Es ist eine Unwahrheit zu behaupten (und zugleich Unsinn!), daß der „Vollstaat“ im Voraus in Bezug auf dieses Jubiläum berichtet hätte; nur die Vorarbeiten hat er einer Beurtheilung unterzogen, die Bettelei verurtheilt und die Art und Weise, wie dies gewöhnlich in Mendish geschieht, ein wenig bloß gestellt. Bei den ehemaligen Schülern mag man gesammelt haben, das befreiten wir ja nicht, finden aber durchaus nichts von dem Betteleumgang in den Familien in dem Bericht mit angeführt. Wo liegt denn nun die Erfindung? Oder meint Strebisay etwa, daß die Angabe erfunden sei, solche Betteleien seien in Mendish gewöhnlich von einem Frauen-Kaffee-Klub — ich will ihn nicht anders bezeichnen — ausgegangen, so wollen wir ihm Beweise bringen und Namen nennen, daß ihn die Augen übergehen sollen. Und wo soll denn in unserm Bericht eine sinnlose Verdrehung liegen? Etwa in der Angabe, daß man

die Meidinger Schule getrennt und eine Abtheilung für die Wohlhabenden sowie eine für die Armen errichtet haben soll? Oder in der Angabe, daß das Schulgeld für die höhere Abtheilung die Unterhaltungskosten derselben nicht decke und man deshalb genöthigt sei, den Gemeindefiskus in Anspruch zu nehmen? Kein Meidinger, der es mit der Wahrheit ehrlich meint, wird dies leugnen können, und dennoch besißt man die stupide Dreistigkeit, uns eine sinnlose Verdrehung unterschieben zu wollen. Wir kennen die Entstehungsgeschichte der hiesigen Schule ganz genau, die Personen, die dabei theilhaftig waren und die Motive, von denen sie geleitet wurden, ja noch manches andere besser, als Manchem lieb sein dürfte. Besagtem Streibisatz aber geben wir den guten Rath, erst a-b-gerecht denken zu lernen, ehe er sich hinauschieben läßt, um für Andere sich den Pelz waschen zu lassen. Studire er nur Wittstock's Geschichte der Pädagogik, dann wird er dergleichen Salbaderei bald satt bekommen und gewiß wenigstens etwas vernünftiger denken und schreiben lernen.

**Meerane**, 26. November. Die letzte Kammerrede des Herrn Penzig, schreibt der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, des nationalliberalen Landtagsabgeordneten für Meerane u. hat viel Sensation gemacht und die Lehrer unserer Stadt rasch zu einer sehr eigenthümlichen Klarlegung veranlaßt, mit der Schlussbemerkung, daß sich diese Lehrerschaft noch eine weitere Beleuchtung der Penzigen Rede vorbehalte. Wir werden ja sehen, wo das hinaus will. Täuschen wir uns nicht, so ist die ganze Geschichte ein feinangelegtes Wahlmanöver, denn man munkelt bereits stark, daß derselbe Penzig bei der kommenden Reichstagswahl Bebel's designirter Gegencandidat sei. — Bebel, der Festungsgefängene, kann diesmal nicht, wie vor drei Jahren in der Tonhalle hier, in offener Volksversammlung den Kampf mit Herrn Penzig aufnehmen, um denselben niederzuwerfen; aber die Wähler Bebel's werden wissen, was ihre Schuldigkeit ist und die Lanzen für den gefangenen Volkstribunen brechen. Parteigenossen, seid auf der Wacht!

Wir lassen die in vorstehender Correspondenz erwähnte Erklärung der Lehrer Meerane's hier des genaueren Verständnisses halber folgen:

„Die in Nummer 187 des hiesigen Wochenblatts abgedruckte Rede des Herrn Penzig zur Schlussberatung über Lehrergehaltsaufbefferung in der II. Kammer nöthigt uns zu folgender Klarlegung:

Herr Penzig behauptet, „daß die ganze Ausbildung eines Lehrers nicht mehr als 300 Thaler koste, der Staat liefere das Uebrige.“

Inwiefern diese Behauptung begründet ist, möge folgende Zusammenstellung nachweisen:

Schon die Vorbereitungen zur Aufnahme in's Seminar erheischen nicht unbedeutende Opfer, indem der sich dem Lehrerberuf widmende junge Mensch Privatunterricht in Musik, oft wohl auch noch in anderen Unterrichtsdisciplinen erhalten muß. Die Kostenhöhe hierfür unterlassen wir anzuführen.

Während der 6jährigen Seminarzeit stellt sich der Kostenaufwand wie folgt:

Kostgeld à Jahr 50 Thlr., in 6 Jahren	Thlr. 300.
Schulgeld à Jahr 20 Thlr., in 2 Jahren (Profeminar)	40.
Für Bücher, Manuscripte, Schreib- und Zeichenmaterialien, Buchbinderlöhne à Jahr 15 Thlr.	90.
Erste Ausstattung (Bett, Wäsche, Kleider u.)	50.
Jährliche Ergänzung der Kleider, Wäsche u. 30 Thlr., in 6 Jahren	150.
Für Porto, Reisepfesen, Wäscherlohn à 15 Thlr., in 6 Jahren Taschengeld wöchentlich 7 1/2 Ngr., in 6 Jahren	78.
Für Veralimentation während der 10wöchentlichen Ferien und sonstige Zuschüsse an Naturalien à Jahr 20 Thlr., in 6 Jahren	120.

Giebt in Summa Thlr. 828.

Daß diese Einzelpositionen nicht zu hoch gegriffen, werden Sachverständige zugestehen müssen.

Hierzu liefert der Staat „als Uebrigtes“ nichts. An den verschiedenen Seminarien wird gänzlich Unbemittelten in den letzten Jahren ein Stipendium gewährt bis zu 25 Thlr. jährlich. Ferner tritt Herr P. in Eingange seiner Rede der Darstellung des Abgeordneten Zumppe entgegen, als ob die Lehrer schlechter gestellt seien, als manche Handarbeiter.

Fürwahr, ein geflügeltes Wort des Abgeordneten P.!! Lehrer — Handarbeiter. Lehrerstand Sachsen! erkenne hieraus deine gesellschaftliche Stellung, hege keine Erwartungen von deiner Zukunft und siehe klar, in welcher Weise man dieserseits Lehrerehre würdigt!

Eine weitere Beleuchtung der P.'schen Rede behalten sich vor die Lehrer Meerane's.

**Aus Hohenstein - Ernstthal** bringt der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ folgenden beachtenswerthen Artikel: „Vor einiger Zeit befand sich in gewissen Zeitungen eine Notiz, welche die Lage der hiesigen Weber in rosigem Lichte schilderte und die Behauptung aufstellte, daß die Weber hierorts durch die Dedenweberei bedeutend höhere Löhne erzielt hätten, ja daß sogar Schulkindern ein Verdienst von 12 Pfennigen die Stunde durch Franzknäupfen geboten würde. Darnach wäre wahrseheinlich die soziale Frage hierorts der Lösung nahe! Leider aber ist der Correspondent jener Zeitungen entweder ein Ignorant, und dann sollte er seine Feder zu etwas Anderem gebrauchen, als über Arbeiterverhältnisse zu schreiben, oder es ist Einer von jener Sorte, welche bei jeder Gelegenheit die Phrase an die große Glocke hängen: „Seht, es ist nicht wahr, was die Sozialdemokraten behaupten; es steht nicht so schlimm mit den Arbeitern; hier habt Ihr das Gegentheil.“ Diese Sorte läßt geradezu mit Bewußtsein. Wir kennen unsere Pappenheimer. Der Thut nach sind die hiesigen Verhältnisse ganz andere. Es wird ziemlich allgemein bekannt sein, daß der Weber unter allen Arbeitern der gedrückteste und abhängigste, daß er ein wahrer Sklave des Kapitals ist. Es sollte nur mancher Ueberschwärmer einmal zu Zeiten der Geschäftsstörungen die Geschäfts-Paschas in ihren Comptoirs regieren sehen! Welch eine unumwundene Behandlung da den Arbeitern zu Theil wird, das ist haarsträubend, aber auch zum Tollwerden ist's, welche Hundedemuth manche Arbeiter besitzen. Es ist thatsächlich wahr, daß der gedrückteste Arbeiter — obwohl es rühmliche Ausnahmen gibt — sich zur Knechtung am besten brauchen läßt. Eine Reihe von Jahren arbeiteten die hiesigen Weber nach Glauchau und Meerane; das berichtigte Verlegeresystem, das damals hier am Plage war, ist genugsam kritisiert worden. Allgemeine Erleichterung der Gemüther trat ein, als einige hiesige Fabrikanten die Dedenweberei anfingen. Daß aber die Arbeiter aus dem Regen unter die Traufe kommen sollten, ahnten sie nicht.

„Was den Lohn anbelangt, so kann sich jeder Weber darüber selbst ein Urtheil bilden, wenn ich statt alles Anderen den Dreilohnsatz hier folgen lasse. Meistens sind es Sewingdecken, Jacquard, Harnisch 4 Gang, das Blatt 8 Gang, 3 Ellen breit, ohne

Frangen 4 Ellen lang, 24 Schuß per Zoll, 3 Mal in einer Decke Muster umhängen; Lohn 5 Ngr. Noch gibt es dichtere, für die es etwas mehr Lohn setzt. Die besten Arbeiter verfertigen in anderthalb Stunden eine Decke; es gibt aber auch Arbeiter, die zwei Stunden betragt. Davon gehen ab, gering gerechnet, 1 Ngr. für Treiben und Spulen: bleibt 4 Ngr., die andern Auslagen nicht gerechnet. Man können aber bei den Webern durchaus nicht, wie bei einem andern Geschäft, die vollen Stunden des Tages gerechnet werden; es darf z. B. an der Maschine etwas passieren, was öfters vorkommt, da gibt es gleich zwei, auch drei Stunden, ja noch länger Aufenthalt; desgleichen entsteht, wenn eine Kette abgewebt ist, durch Scheren, Säumen, Andrehen, je nachdem, anderthalb bis zwei Tage Aufenthalt, wofür es keinen Heller setzt. Wer eine Stube zu zwei solchen Stühlen braucht, kann bei den jetzigen Miethpreisen 25 Thlr. und noch mehr zahlen, und muß noch froh sein, eine zu bekommen. Schlimmsten Falls ist der Arbeiter an den Fabrikanten gefesselt; die Stühle sind alle Eigenthum der Fabrikanten; bei dem geringsten Vorkommniß, wenn das Geschäft nicht flott geht, wird dem Arbeiter der Stuhl genommen.

„Man trifft es meistens, daß so ein Arbeiter entweder aus Mangel an Raum oder um nicht zu verhungern, wenn die Arbeit vorgerichtet worden ist, seinen eigenen Stuhl verkauft hat; dann steht er da und weiß nicht wo aus noch ein, und das Ende vom Liede ist, daß er noch tiefer in die Armuth geräth. Es gibt ja noch Pfandhäuser für den, der noch etwas zu versehen hat. Ist das nicht der Fall, dann hungert er, mit ihm Frau und Kinder. Was aber den Verdienst der Kinder anbelangt, so muß ich sagen, daß die Bourgeoisnatur des Correspondenten in diesem Punkte recht deutlich hervortritt, denn hier kann nur von Ausbeutung dieser armen Geschöpfe gesprochen werden. Es ist wahr, es werden, und namentlich in Ernstthal, eine große Zahl Kinder mit Frangen-Knäupfen beschäftigt, wobei für die Decke 6 Pf. bezahlt werden; aber es gehört ein flinkes, der Schule entlassenes Mädchen dazu, welche in dreiviertel Stunden eine fertigen will. Also famos gelogen, Herr Correspondent! Die armen kleinen Wesen haben 4 Stunden Schule, dann kommen 6 Stunden Deckenknäupfen, auch wohl 7 oder 8 Stunden; das sind dann 12 Stunden, ohne die Schularbeit zu Hause. Und dafür 15—18 Ngr. Verdienst die Woche! Nun ja, der Hunger ist ein eiserner Zwinger. Hören Sie, Herr Correspondent! 6 Pfd. Brod kosten ziemlich 9 Ngr., ein Scheffel Kohle ziemlich 28 Ngr. u. u.! Vergleichen Sie doch gefälligst einmal das Arbeitslohn damit, und Sie werden finden, daß Sie sich gewaltig geirrt haben!

„Die beste Antwort auf Ihre Behauptung von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wird Ihnen aber die hiesige Arbeiterbevölkerung bei Gelegenheit der bevorstehenden Reichstagswahl geben.“

**Chemnitz**. Seit einiger Zeit lassen es sich Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins trotz ihrer Versicherung hier keinen Candidaten aufzustellen, anzulegen sein, auf den Dörfern herumzuziehen und in eitles verläumberischer Weise über die sozialdemokratische Partei und deren Agitatoren herzufallen, weniger um für ihren Kandidaten aufzutreten, wohl wissend, daß derselbe (Zölke) gar keine Chancen hat, als dadurch zu bewirken, daß die Landbevölkerung, welche von dem Treiben dieser edlen Ritter noch keine vollständige Kenntniß hat, wie dies hier der Fall ist, durch Wahlenthaltung der Bourgeoisie den Sieg zufähre.

**Stollberg**, 4. Dez. Borgerstern hatten wir hier Volksversammlung, und war Parteigenosse Auer aus Dresden erschienen, um über das Thema: „die bevorstehenden Reichstagswahlen“ zu referiren. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und herrschte eine ausgezeichnete Stimmung unter den Anwesenden. Die Wahl Liebnechts im 19. Wahlbezirk ist als gesichert zu betrachten, wenn von Seite der auswärtigen Parteigenossen Alles geschieht, was zu geschehen hat. Vor Allem müssen der Parteibehörde die nöthigen Mittel zur Agitation zur Verfügung gestellt werden. Den besten Agitator für den 19. Wahlbezirk haben wir in dem Bezirksamtmann Zumppe in Stollberg gefunden. Derselbe hat durch seine Aeußerung im sächsischen Landtage, daß in seinem Amtsbezirk jeder Vergarbeiter 600 Thlr. verdiene u. s. w. die ganze nicht zu kleine Schaar der Vergarbeiter darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig es sei, im gesetzgebenden Körper Männer zu haben, die die Verhältnisse des arbeitenden Volkes wirklich kennen und nicht papageierartig alles nachplappern, was ihnen durch Bergwerksinspectoren und Fabrikbesitzer einfach als Lüge aufgebunden wird. Die Vergarbeiter wundern sich darüber, wie man so frech sein kann, und eine Pöze in die Welt hinauszutreiben wagt, wie die, daß der Durchschnittsverdienst eines Kohlenbergarbeiters pro Jahr 600 Thlr. betragen soll. Bei einem Schichtlohn von 20 Ngr. macht der wirkliche Verdienst, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, 200 Thlr., rechnet man hierzu noch, daß bei Affordarbeiten u. s. w. etwas mehr verdient wird, so kann ein tüchtiger Vergarbeiter bei großer Anstrengung es wohl auf 300 Thlr. bringen, höher aber ist der Durchschnittslohn nicht zu veranschlagen. Nun, Hr. Zumppe hat sich einfach düpiert lassen, die „Gentianen“ werden eben nicht alle. Wir aber, und mit uns alle Arbeiter und Kleinbürger des 19. Wahlkreises sagen uns, daß wir im Reichstage einen Vertreter haben wollen, der sich um die Verhältnisse des arbeitenden Volkes bei diesem selbst und nicht, wie unser Reizthaler-Mann im Abgeordnetenhaus, bei unsern Ausbeutern erkundigt. Als erfreulichste Zeichen, wie unsere Grundzüge überall mehr Anklang finden, selbst dort, wo bei den letzten Wahlen wir noch gar keinen Boden hatten, mag die Thatfache dienen, daß in Schneeberg sich ein Localcomité gebildet hat, und von dort die Agitation sehr rührig betrieben wird.

**Frankenberg**, 2. Dezember. Sonntag den 30. November hatten wir im Dorfe Sachsenburg bei Frankenberg eine Volksversammlung einberufen, welche auch ziemlich stark besucht war und Nachmittags 1/4 Uhr von uns eröffnet wurde. Auf der Tagesordnung stand „der bisherige Reichstag und die Reichstagswahl“, worüber Herr Auer aus Dresden referirte. Herr Auer sprach unter wiederholtem Beifall nahezu drei Stunden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur Interpellation auf, wozu sich jedoch Niemand meldete. Hierauf erwähnte Unterzeichneter die Wähler, das Wahlrecht ja anzuküßeln und kein Opfer zu scheuen, um zum Siege zu gelangen. Nach einigen ermunternden Worten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen und der Referent Auer ging in Begleitung zweier Parteigenossen nach Oltendorf, um dort ebenfalls einen Vortrag zu halten.

Die Versammlung hat einen guten Eindruck hinterlassen und freuen wir uns, in Sachsenburg Boden gefast zu haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
**Dresden**, 1. Dezember. Ein vergnügter Schamus muß es gewesen sein, da die fleißigen Arbeiter auf dem Baue des Professor Giese auf der Langeasse feierlichst eingeladen waren. Feierlich ertönten die Blechton der Militärkapell zum dem Gesang-

buchliche Nr. 52 mit der Melodie: „Wer nur den lieben Gott läßt walten“. In Reih und Glied aufmarschirt stand der Herr Professor Giese mit Frau und holdseligem Töchterlein, umgeben von der Arbeiter rüstiger Schaar, und die wackere Ehehälfte ging mit tapferem Gefange den Andern löblich voran. Nachdem man auf diese Weise den lieben Gott mit Blechmusik, von Säbelträgern gebiäsen, hatte walten lassen und das streng den Arbeitern auf den Mund sendende Fräulein die Augen wieder niederschlagen konnte, sprach der Bauherr einen herzerquickenden Dank dem Professor Giese, den Polirern und Arbeitern, worauf ein Polirer seinerseits elliße Hochs ausbrachte. Nach diesen geist- und herzstärkenden Erquickungen ging es zu den materiellen Genüssen über, die wirklich auch hinter den kühnsten Besürchtungen zurückblieben, denn der Mann bekam — man höre: eine saure Gurke, ein Stück Brod und ein Stück Wurst sammt einem Seidel Einsachen zum Hinunterspülen! Man denke sich die Begeisterung. Professor Giese aber dachte jedenfalls: „zuviel kann der Mensch wohl geben, doch gibt er nie genug“, und verabsolgte an Jedem einen Thaler Gratifikation. So geht denn, Ihr bauenden Menschen und Beherziget das Beispiel. („D. B.“)

**Sof**, 29. Nov. (Reichstagswahl.) Am legtverfloffenen Sonnabend hielten wir hier selbst eine Volksversammlung ab, die trotz des miserablen Wetters stark besucht war. In derselben referirten Grillenberger und Vienig über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Candidat der Arbeiterpartei, Theodor Nord, wurde mit überwiegender Majorität zum Reichstagscandidaten gewählt. Das Wahlcomité, welches das Recht besißt, sich beliebig zu cooptiren, besteht aus den Herren Diegel, Bär, Schellhase, Vienig und Barmel. Der Letztere, als bewährter langjähriger Parteigenosse bekannt, wurde infolge dieser Wahl von dem Juden Regensburger aus Fürth, der hier selbst eine Fabrik besißt, entlassen. Nach haben die Weberei-Fabrikanten beschlossen, höhere Löhne zu zahlen, um die Weber „aus den Händen der Sozialdemokraten zu reißen“, ein Zeichen, daß man der Wahl des Rautschkammes v. Schaaf noch nicht sicher. Da unsere Gegner in zwei Lager gespalten, so werden wir wohl drei Candidaten erhalten und wer alsdann den Sieg davonträgt, liegt außer Zweifel, denn die Arbeiterpartei ist einig.

**Sonneberg**, 25. November. Wie sehr sich hier die Stimmung zu Gunsten unserer Partei ändert und wie begeistert die hiesige arbeitende Bevölkerung einer jeden Aufklärung, die ihr geboten wird, entgegen eilt, bewies die heutige Volksversammlung, in welcher Herr M. Kayser aus Mainz referirte.

Derselbe kam Nachmittags unerwartet hier an, (Ich hatte zwar am 20. d. M. von Kayser Auftrag erhalten, am 25. eine Volksversammlung einzuberufen, ich benachrichtigte auch sofort Kayser, daß ich aus verschiedenen und triftigen Gründen für diesen Tag keine Volksversammlung einberufen könne, jedoch hat mein Schreiben Kayser nicht erhalten, da er bereits abgereist war.) und von 6 Uhr an konnte erst seine Anwesenheit bekannt werden, dessen ungeachtet sprach er doch vor einer Versammlung von ungefahr 300 Personen. Es ist dieser Umstand hauptsächlich dem Prinzipal des Unterzeichneten, Herrn Gust. Stier zu verdanken, welcher ersteren sofort aus dem Geschäft für diesen Tag entließ, damit die nöthigen Vorbereitungen an Einladungen getroffen werden konnten.

Die Tagesordnung war: „Die Thätigkeit des Reichstags und die Vertretung der Arbeiter.“ Herr Kayser schilderte hauptsächlich die Thaten unseres Abgeordneten Koster und der nationalliberalen Partei, die immer und immer wieder die Interessen der Bourgeoisie in's Auge zu fassen und zu ihren Gunsten zu bewahren wisse, dagegen aber der Arbeiter nicht gedanke oder nur zum Nachtheil für dieselben. Um diesem Uebel aber abzuhelfen, forderte Herr Kayser alle Arbeiter auf, nur solchen Candidaten ihre Stimme bei der nächsten Reichstagswahl zu geben, welche wirklich Volksvertreter sind und die Rechte der Arbeiter zu wahren wissen. Hierauf behandelte Heintz Greiner von hier auf klare Weise die jetzige Lage der Arbeiter und schlug schließlich den Drechslermeister August Bebel aus Leipzig, zur Zeit Staatsgefängener auf Subectusburg, zum Reichstagscandidaten vor. Herr Kayser unterließ nicht, den persönlichen und politischen Charakter desselben zu schildern und denselben ebenfalls zu empfehlen, worauf Herr Bebel als Candidat gegen Koster von der Versammlung einstimmig aufgestellt wurde. Am 17. d. M. trat denn auch das Wahlcomité zusammen, es stellte aber aus Vocalrückichten statt Herrn Bebel Herrn Louis Eckstein aus Waldheim bei Dresden auf, da derselbe schon im August hier referirte und sich bei Vielen Anhang erworben hat. Hoffen wir, daß Saalfeld, Börsed u. nicht zurückbleiben und diesen Vorschlag gehörig berücksichtigen, denn nur Einigkeit macht stark.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Chr. Greiner.

**Magdeburg**, 3. Dez. (Agitationsbericht; neue Ausbreitung.) Im Auftrage des Ausschusses übernahm ich es, an folgenden Orten Vorträge über die Prinzipien der Sozialdemokratie und über unsere Stellung zu den bevorstehenden Wahlen zu halten. Die erste Versammlung fand am 16. Nov. in Forst statt. Die Tagesordnung, worüber ich referirte, lautete: „Was wir wollen.“ Am 17. war wiederum Parteiversammlung ebendasselbst. In Cottbus, wo ich ebenfalls sprechen sollte, war kein Saal zu bekommen, und so berief Parteigenosse Kraft für den 20. Nov. in Peitz eine Versammlung ein, die von 200—300 Personen besucht war. In Peitz dominiren die Gewerksvereine; das Bureau nahmen die Vorstandsmitglieder der dortigen Ortsvereine in Beschlag. Ich referirte über: „Die Arbeiterbewegung und deren Ziel.“ Als Gegner trat der Mitredacteur des „Gewerksverein“ Franz Bujarsky auf. Derselbe that der Versammlung kund, daß er das Programm unserer Partei, von dem ich nur einige Punkte kurz berührte, noch nie habe so entwickeln hören, die Fortschrittspartei könnte mit Ausnahme einiger Punkte dasselbe mit gutem Gewissen unterzeichnen. Auf alle Einwürfe dieses Apostels über Harmonielehre, der mich als Bünzer Bebel's bezeichnete, näher einzugehen, halte ich für überflüssig. Nur das sei bemerkt, daß Hr. Bujarsky den anwesenden Philistern mich als Wolf im Schafspelze darstellte, ich wäre ganz anders aufzutreten, wenn ich in Peitz bereits festen Fuß hätte. Die Pariser Commune, das Theilen, die Staatshülfe mußten nun herhalten, um den Wolf zu entpuppen. „Was wollen Sie mit der Staatshülfe?“ rief Hr. Bujarsky, „der Staat, das sind wir, das Volk, also ist das nicht weiter als Selbsthülfe.“ Der Beifall, der auf meine Widerlegung folgte, mochte die Herren ärgern. Es erhob sich kein Wuthgeschrei, als ich meine Uebereinstimmung mit der Pariser Commune kundgab, der Pfeil war also vergebens abgeschossen. Ich bot Hr. Bujarsky eine neue Schlast auf Sonntag, den 23. an. Sei es nun, daß Hr. Bujarsky fürchtete, am Sonntage zu verlieren, oder glaubte er, er könnte mich auf einmal zermalen, er erwiderte hierauf nichts, sondern ging, nachdem ein, wie es schien, angeheitertes Pfäfflein, die Versammlung belustigte, sofort zu neuen Angriffen über. Ihm folgte ein Gewerksvereiner; nun kamen die Schlagwörter, resp. Schimpf-

wörter hageledicht, „Blutsauger“, „Faulenzger“, Schwindler u. s. w. war der geistige Erguß jener Herren. Anstatt mir das Wort zu erteilen, um diese niederträchtigen Beschuldigungen zu widerlegen, schloß man die Versammlung. Um dem Werke die Krone aufzusetzen, nahm man Licht, Tinte und Feder vom Bureauisch hinweg, ich war somit verhindert, Einzeichnungen entgegen zu nehmen. Mehrere Arbeiter begleiteten mich in mein Quartier und ließen sich da einzeichnen. Die Mitgliedschaft konstituierte sich am Sonntag, den 23. November.

Am 21. Nov. hielt Otto Kapell seine Kandidatenrede vor einer zahlreich besuchten Volksversammlung in Forst. Unsere Parteigenossen, die Mann für Mann auf dem Posten waren, eroberten zum erstenmale in einer Volksversammlung der Lassalleaner das Bureau, selbstverständlich erregte dies das Wuthgeschrei dieser Herren. Ich trat Kapell entgegen und legte der Versammlung klar, warum wir nicht mit dem Allg. deutschen Arbeiterverein stimmen können. Kapell schimpfte nun wie rasend auf Bebel, Liebknecht, Brade u. s. w. Durch ein Manöver Kapells, das vom Vorsitzenden hätte verhindert werden können, wenn er die Schliche dieses Herrn besser kannte, war mir die Widerlegung abgeschnitten, und so kam es, daß die Candidatur Kapells, wenn auch mit winziger Majorität angenommen wurde. Der zehnte Theil der für R. Stimmenden ist nicht einmal wahlfähig.

Sonnabend, den 22., hielt ich wiederum in Forst Versammlung ab, die ebenfalls, wie die vorgehenden, gut besucht war, und beschloß die dortigen Parteigenossen, Joh. Jacoby als Candidaten aufzustellen; 30 Mann traten durch diese Versammlung der Partei bei. Sind die Forster Parteigenossen nunmehr stets auf dem Posten, so dürfte das Terrorisiren der Versammlungen durch die Lassalleaner für Forst sein Ende erreicht haben.

Am 24. sollte in Jüterbogk Versammlung sein, es war aber kein Lokal zu bekommen, und so begab ich mich am 25. nach Lützenwalde, ich referirte über „die Reichstagswahlen“ und empfahl die Candidatur unseres dortigen Parteigenossen Wih. Erhardt. In schlichter, kräftiger Weise versprach Erhardt für die Prinzipien der Sozialdemokratie einzutreten und erbat sich nicht nur ungetheilten Beifall, die Versammlung beschloß auch einstimmig bei der Wahl für ihn zu stimmen.

Für den 26. hatte ich Metallarbeiterversammlung und für den 27. Volksversammlung in Spandau anberaumt, da die dortigen Parteigenossen nur für den 27. einen Saal bekamen, so wurde die Tagesordnung wie folgt festgesetzt: 1) Zweck und Nutzen der Gewerkschaften; 2) die Reichstagswahlen. Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung referirte ich, über den zweiten Wegner aus Berlin. Wegner wies schlagend die Unfähigkeit der jetzigen Reichstagsabgeordneten, ferner als solche zu gelten, nach. An den Debatten beteiligten sich noch Heinsch (Berlin), Camin, noch einige andere Parteigenossen und ein paar Gewerksvereiner, die jedoch nur die Lachlust der Versammlung hervorriefen. Wegner wurde einstimmig für Spandau als Candidat angenommen.

In Magdeburg, wo ich ebenfalls Versammlungen abhalten sollte, gab es kein Lokal und so wandte ich mich am 29. nach Staffurt, wo Volksversammlung stattfand, die schwach besucht war. Es liegt dies dort an örtlichen Verhältnissen; unsere Partei zählt daselbst nunmehr 136 Mitglieder. Am 30. war Arbeiterfest in Staffurt; ich hielt die Festrede; deklamatorische Vorträge, kernige Ansprachen von Bremer (Magdeburg) und Fischer wechselten mit einander ab.

In Königsau referirte ich vor einer schwach besuchten Versammlung über: „die Reichstagswahlen“. Die Versammlung war weder durch Plakate, noch durch Annoncen bekannt gemacht, das Ausschellen hatte der Ortsschule im letzten Augenblick unterzagt, daher die schwache Beteiligung, nur eine größere Anzahl Bergleute, die Kenntniß davon hatten, fanden sich ein. Am 6. findet wiederum Versammlung daselbst statt und wird dieselbe andere Resultate aufzuweisen haben.

Die Parteigenossen in Duedlinburg beriefen für Dienstag, den 2. Dez. eine Volksversammlung ein, zu der ich als Referent eingeladen war. Einige Bourgeois führten die Versammlung durch laute Unterhaltung, die Drohung der Arbeiter, diese Geldprogen an die Enst zu setzen, machte bald jeden weiteren Standal verstimmen. Ueberall herrscht unter den Parteigenossen ein reges Leben und allerorts haben sie sich gerüstet, um am Wahltag mit Ehren kämpfen zu können. Wenn nicht Alles täuscht, und der Eifer der Parteigenossen nicht erlahmt, so dürften wir glänzende Erfolge aufzuweisen haben.

Mit sozialdemokratischem Gruß Philipp Wiemer.  
NB. Vergessen habe ich, daß für den Magdeburger, sowie für den Staffurter Wahlkreis ebenfalls Wegner aus Berlin als Reichstagscandidat aufgestellt ist.

D. D.  
Barmen, 2. Dezember. Gestern Abend hatte ich Gelegenheit, die Herren Henneberg und Frid in einer hierorts abgehaltenen Volksversammlung sprechen zu hören. Der Besuch der Versammlung war ein schwacher zu nennen, da höchstens 3-400 Mann anwesend waren. Auf die Rede des Herrn Henneberg will ich nicht weiter eingehen, da mir dieselbe zu bedeutungslos schien. Herr Frid sollte über „die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ sprechen. Derselbe leitete seine Rede damit ein, daß er sagte, die Gegner nennen die Anhänger der Sozialdemokratie (alias Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) Vaterlandslose, gegen welche Bezeichnung er sich jedoch verwahre, da er ein guter Deutscher sei und sein deutsches Vaterland über Alles liebe; zum Beweis führte er folgende „selbsterleichte“ Anekdote an: „Im Ausland habe ihn (Frid) Jemand gefragt, was er für ein Landsmann sei? Frid: Ein Deutscher! — Frager: Aus welchem Strich Deutschlands? — Frid: Aus Preußen. — Frager: Ah, dann sind Sie ja ein Preusse! — Frid: Sie irren, ich bin nur ein Drittelspreusse, ich gehöre in die 3. Wählerklasse! — Durch solche und ähnliche Wige suchte er seine Zuhörer zu fesseln. Auf sein Durchkommen im Wahlkreis Kassel-Welsungen hat Frid große Hoffnungen und suchte er denn auch der Versammlung begreiflich zu machen, was er im Fall der Wahl im Reichstag alles sagen wolle, z. B. bei der Berathung des Militärbudgets wolle er und die anderen Sozialdemokraten der Regierung sagen: „Da ganz Europa in Waffen steht, so können wir es Euch nicht verdenken, wenn Ihr Euch gerüstet und die Grenzen besetzt haltet; aber das Pauschquantum bewilligen wir Euch nicht, wenn Ihr uns nicht spezialisirte Rechnung legt!“ (Als ob das nicht auch ein Nichtsozialdemokrat sagen könnte!) — Zum Schluß seiner Rede forderte Herr Frid „aus eigenem Antriebe“ die der ultramontanen Partei angehörigen Arbeiter auf, für Hasselmann bei der nächsten Wahl zu stimmen. Auf letztere (nämlich die katholischen Arbeiter) schien überhaupt Herrn Frids Vortrag berechnet zu sein, denn (und das ist ein großes Verbrechen), statt wie sonst jeden Satz mit dem Namen Lassalle zu beginnen, hatte er jetzt immer nur den Namen des Nazareners im Munde. Was werden die Heiligen des Berliner „Neuen“ dazu sagen? Ist das nicht geradezu ein Dementi der Behauptung des „Neuen“, mit den Ultramontanen nichts zu thun

haben zu wollen, wenn ein Axiator des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die katholischen Arbeiter auffordert, für die Wahl Hasselmann's zu stimmen? — Herr Frid hatte es auch viel mit der von Jesus von Nazareth gepredigten Nächstenliebe zu thun, ich bezweifle jedoch, ob der Redner dieselbe selbst übt! Ein Beispiel: In der Versammlung war ein Arbeiter zugegen, welcher, da er etwas zu viel getrunken hatte, sich einigermaßen ungebührlich aufführte. Als mehrfache Aufforderungen zur Ruhe nichts fruchteten, fragte Herr Frid von der Theaterbühne herunter: „Sind etwa Leute anwesend, welche bei Duisfory Arbeit nehmen wollen? — der ist banterott! Sind etwa Leute hier, welche bei den National-liberalen in Arbeit treten wollen? — die setzen jetzt gerade Tausende von Arbeitern auf die Straße — oder sind etwa Meister aus Fabriken anwesend, welche morgen zu ihren Fabrikherren sagen wollen: die haben wir aber geizigert! — Mein Junge, Du ärgerst Dich am meisten, wenn Du auf der Gasse Hane kriegst!“ Also Knüttel aus dem Sack! — wollte sagen „Tödtet herbei!“ — Ich könnte diese kleine Blumenlese aus Frid's Rede noch verlängern, doch ist der Raum des „Volksstaat“ viel zu kostbar und schließe ich deshalb.

Fürth, 2. Dezember. Die Agitation für die Reichstagswahl kommt in Fluß. Auf unsere Versammlung hin hat ein provisorisches Comité der Volkspartei auf gestern Abend eine Versammlung derjenigen Gesinnungsgenossen einberufen, welche in politischer Beziehung mit ihnen gehen. In Folge dessen begaben wir uns in großer Zahl auch hin. Nachdem das Bureau gewählt war, begann Herr Dr. Landmann Namens des Comité's das Wenn und Aber zu erwägen, ob man in die Wahlagitation eintreten solle, machte dann den Sozialdemokraten den Vorwurf, sich von der Demokratie getrennt und die Freiheitsarbeit im Stiche gelassen zu haben. Schließlich brachte er den Antrag ein, ein Wahlcomité von 25 Mann zu ernennen, welches ein Wahlprogramm aufstellen und sich dann nach einem geeigneten Kandidaten umsehen solle. Um den Parteigenossen überhaupt ein Bild von der politischen Bedeutung dieses Dr. Landmann zu geben, brauche ich nicht viel Worte zu machen. Wäre unser Parteigenosse Wasser mit den hiesigen Verhältnissen bekannt, so hätte ich ihn in Verdacht, unsern Dr. Landmann kopirt und denselben in den Roman „Am Webstuhl der Zeit“ Dr. Raffmans genannt zu haben; eine größere Nechlichkeit wie zwischen dem politischen Raffmans und der politischen Vergangenheit unser Dr. Landmann existirt nicht mehr. Nachdem der gute Mann geendet, meldete ich mich zum Wort und erklärte, daß wenn es noch eines Beweises bedürfe, daß wir recht gethan hätten, unbekümmert um andere Parteien selbst mit einem Kandidaten hervorzutreten, den Beweis Herr Dr. Landmann mit seinem Antrage selbst erbracht hätte, nachdem einmal der Termin für die Wahl so kurz sei, um der Demokratie die Agitation zu erschweren, trete nun er mit einem Antrag hervor, der geeignet erscheine, überhaupt jede Agitation zu verhindern. Mit seiner Freiheit möge er nicht so dick thun; die politische Freiheit könne ohne soziale Gleichheit nicht bestehen, wer wirklich frei sein wolle, müsse es für Alle wollen. Ich fragte, was es dem Arbeiter nütze, wenn er von Polizei wegen auf ein Stück Papier seinen Namen schreiben und zu Versammlungen einladen dürfe, um seine Interessen zu besprechen, wenn ihn dafür sein Arbeitgeber maßregelt und die andere Freude daran haben und ihm keine Arbeit geben. Was es dem Arbeiter nütze, Vereine gründen zu dürfen von Polizeiwegen, wenn die Fabrikanten die Macht hätten, dieses zu verhindern und dergleichen mehr. Ich verwies ihn noch auf Spanien, Frankreich und Amerika, wo die Arbeiter von dem Worte Republik nichts herunter beißen könnten und wo die Klassenherrschaft trotz der Republik blühe; die politische Freiheit verlangen und die soziale Gleichheit nicht wollen, sei eine Phrase. Ich empfahl der Versammlung das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, forderte sie auf für unsere Kandidaten zu stimmen. Nach mir sprach Löwenstein in demselben Sinne und lieferte die Beweise, daß wohl Dr. Landmann sich von der Demokratie getrennt hätte, aber die sozialistische Partei nicht. Herr Landmann wußte nichts zu sagen, als daß unsere Parteipresse es eben wäre, die gegen die Demokratie hege. Hieraus sprach Herr Dr. Kiderlin sich entschieden für den Kandidaten unserer Partei aus. Er wisse nicht, warum man nicht für uns stimmen könne; nachdem man einmal 9 Punkte des Eisenacher Programms anerkannt, habe man keine Veranlassung, des 10. Punktes wegen gegen die Sozialdemokratie zu stimmen. Er nahm in kräftigen Worten unsern Kandidaten gegen die höhnischen Angriffe eines hiesigen Winkelblätchens in Schutz und empfahl der Versammlung tüchtig für die Wahl zu wirken. Nach Schluß der Versammlung gingen wir in unser Versammlungslokal und hatten wir die Freude, wieder einige Parteigenossen zu gewinnen. Ueberhaupt hat uns die Wahlagitation schon mehrere Parteigenossen zugeführt und haben wir die beste Hoffnung, uns bald wieder mit Mitgliedschaften anderer Städte messen zu können. Mit Gruß Ph. Herpfer.

An Annoncengebühren pro October und November  
schulden: Augsburg: Arb.-Partei 25 Gr., Liter.-Berein 4 Gr., Endres, Geschäftstemp. 18 Gr., Exped. des Volksvertreter 12 Gr., Schuhmachergew. 12 Gr.; Altona: Holzarbeiter-Gew. 17 Gr.; Braunschweig: Metallarb.-Gew. 1 Thlr., Maurergew. 5 Gr., Schneiderver. 7 Gr.; Barmen: Arb.-Partei 5 Gr.; Breslau: Arb.-Partei 1 Thlr., Ver. Gefelligkeit 13 Gr.; Bremerhaven: Arb.-Partei 16 Gr.; Bremen: Arb.-Partei 17 Gr.; Berlin: Arb.-Partei 5 Thlr. 19 Gr., Holzarb.-Gew. 23 Gr., Mannf.-Gew. 24 Gr., Sattlerver. 14 Gr., Vöttcherver. 1 Thlr. 5 Gr., Metallarb.-Gew. 13 Gr., Sämtl. Gew. 4 Gr., Bliß 10 Gr., Görge, Buchbinder 14 Gr.; Chemnitz: Schuberl u. Co. 2 Gr., Metallarb.-Gew. 15 Gr., vereinigte Gew. 23 Gr., Agitat.-Com. 24 Gr.; Cöln: Tischlerver. 18 Gr., Holzarb.-Gew. Thlr. 1 6, Agitat.-Com. 16 Gr.; Constanz: Arb.-Partei 7 Gr.; Dresden: Buchbinderver. 10 Gr., Vöttcherver. 27 Gr., Arb.-Bild.-Berein 8 Gr., Schuhmacher-Gew. 16 Gr.; Düsseldorf: Arb.-Partei 5 Gr.; Eßlingen: Arb.-Partei 16 Gr.; Elberfeld: Arb.-Partei 9 Gr.; Erfurt: Holzarbeiter-Gewerkschaft 9 Gr., Schuhmacher-Gew. 20 Gr.; Forst: Arb.-Partei 4 Gr.; Frankfurt a.M.: Thlr. 2 4; Freiberg i.S.: Arb.-Partei 10 Gr.; Gotha: Arb.-Partei 5 Gr.; Geithain: Wahlcomité 9 Gr.; Gera: Arb.-Partei 4 Gr.; Gropshain: A. P. 5 Gr.; Hamburg: Sämtliche Gew.-Verwaltungen 15 Gr., Arb.-Partei Thlr. 3 12, Klempner und Sattler Thlr. 1 20, Holzarb.-Gew. 13 Gr., Buchbinder. 16 Gr., Stepper und Borrigger 7 Gr.; Hannover: Arb.-Partei 20 Gr., Metallarb.-Gew. 19 Gr.; Hof: Genossenschaftsdruckerei 1 Thlr.; Königsberg i.P.: Stormer Buchbinder 5 Gr.; London: Arb.-Bild.-Berein 12 Gr.; Lechhausen: Arb.-Bild.-Berein Bormärks 3 Gr.; Lützenwalde: Arb.-Partei 16 Gr.; Limbach: Agitat.-Com. 6 Gr.; Landshut: J. Eder 5 Gr.; Lübeck: Arb.-

Partei 6 Gr.; Mainz: Arb.-Partei Filiale 7 Gr.; Mannheim: Arb.-Partei 16 Gr.; München: Fachv. d. Schlosser 5 Gr.; Nylan: Arb.-Berein 14 Gr.; Nürnberg: Walling, Schneidermstr. 7 Gr.; Newyork: Fonder 12 Gr., Vereinigte Tischler 8 Gr.; Offenbach: Arb.-Partei u. Schuhmngew. 14 Gr.; Roch-lig: Lehmann 9 Gr.; Reichenbach i.B.: Agitat.-Com. 24 Gr.; Staffurt: W. Fischer 11 Gr.; Stollberg: Wahlkom. 15 Gr.; Stade: Arb.-Partei 4 Gr.; Spandau: Arb.-Partei 14 Gr.; Stuttgart: Arb.-Ber. 23 Gr., Schuhm.-Gew. 5 Gr.; Solingen: Arb.-Partei 8 Gr.; Witten: Jungmans 8 Gr.; Weichselburg: Börner 14 Gr.; Wiesbaden: Arb.-Partei 12 Gr.; Wandbed: Arb.-Ber. 22 Gr.; Weimar: Arb.-Partei 4 Gr.; Wilkau: Arb.-Partei 22 Gr.; Zwickau: Sattler 10 Gr.; Zürich: Verlagsmagazin Thlr. 1 6.  
Richtige und baldigste Zahlung wird erwartet.  
Die Expedition des „Volksstaat.“

**Briefkasten**  
der Redaction. Kittenbach-Bilder: Ihre Karte haben wir erst heute (Montag) erhalten; die Bestellung konnte also nicht nach Wunsch effectuirt werden. Gruß! Wahlcomité in Rochlig: Ihr Schreiben vom 5. ds. haben wir Ihrem Kandidaten übermittleit und bemerken hier, daß wir den bewussten Anruf auf Wunsch Ihres Kandidaten und mit seiner ausdrücklichen Zustimmung nach Geithain geschickt haben. Damit fallen die Bormärke von selbst weg, die Sie uns machen. A. B. in Göttingen: Dank für die Notizen. Gelegentlich werden wir Sie dem stehenden „Doctor“, der sein Diplom wahrscheinlich in New-Jersey „in absentia“ hat ausstellen lassen, unter die Nase reiben. A. H. in Breslau: Wir kommen nochmals auf L. zurück. Gruß! Nächstens Brief. D. G. in Frankfurt: Bezüglich des eingesandten Artikels werden wir uns brieflich an Sie wenden. H. W. L. in Baden-Baden: Den „Volksstaat“ bestellen Sie am Besten auf der Post. Brief folgt. — Viele Correspondenzen mußten diesmal zurückgestellt werden, da wir selbstverständlich während der Wahlperiode die auf die Wahl bezüglichen Artikel bevorzugen müssen.  
der Expedition. G. Grimm Duisburg Nr. 4. Du. 7 Thlr. 3. Nr. hier Nr. 4. Du. 9 Thlr. Hm Stuttgart Schr. 24 Gr. Wrin Rochlig Schr. Thlr. 1 20 6. Mr. Vinkenstein Schr. Thlr. 1 6. Mr. Falkenstein Thlr. 1 7 2. Al. Hess, a.M. Schr. Thlr. 10 4 6. Ang. d. Varmen Ag.-Nr. Thlr. 2 10. W. Verrach Ag.-Nr. 17 Gr. Holzarb. hier Ann. 26 Gr. Tischler hier Ann. 4 Gr. Vng. Berlin Schr. u. Ab. Thlr. 11 13. W. Gehlenstein Schr. Thlr. 1 17. Wagn. Reiningen Schr. 11 Gr. Rheit Nylan Schr. 20 Gr. Böh. hier Schr. Gr. 13 6. H. d. hier Ag.-Nr. 1 Thlr. Vgt. Halberstadt Ann. u. Schr. Thlr. 3 9. St. Geithain Ag.-Nr. 1 Thlr., Placate Thlr. 1 10. Mr. hier Nr. 17 5.

**Zum Reichstagswahlfond.**  
Gesammelt in der Bebel'schen Drechswerkstatt 2 Thlr. 10 Gr., d. Schr. hier 2 Thlr., v. Jb. in B. 10 Thlr.

**Anzeigen etc.**  
Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonnabend, den 13. ds., Abends 9 Uhr: Versammlung große Bergstraße 139. — Tagesordnung: Vortrag von D. P. r a s t. Diskussion wichtiger Angelegenheiten.  
Das Erscheinen, auch der Hamburger Mitglieder, ist nothwendig.  
Einführung gestattet. Der Bevollm.

**Berlin** Sonnabend, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr:  
**Generalversammlung**  
bei Herrn Derosche, Köpenickerstraße 143. — Die Mitglieder werden auf 8 20 aufmerksam gemacht. Zum Schluß Vortrag des Herrn Heinsch über die bevorstehende Reichstagswahl.

**Berlin** Freitag, den 12. Dezbr., Abends halb 9 Uhr versammelt sich das Agitations-Comité im Café Bach, Rainstr. 5.  
**Danzig** Die hiesigen Leser des „Volksstaat“ sowie Gesinnungsgenossen werden ersucht, zu einer zwanglosen Zusammenkunft Sonntag, d. 14. ds., in der „Sonne“ am Jacobsthor, präcise 11 Uhr Vormittag, zu erscheinen. [2a

**Dresden** Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans, im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [19]

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.  
Freitag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Jabin, Turnerstraße, vis-à-vis der Turnhalle. — L.-D.: 1) Soz.-pol. Wochenbericht. Ref.: Boigt. 2) Ueber das Verhalten bei der Reichstagswahl. Gäste willkommen. Der Vorstand.  
Zugleich bringen wir allen Mitgliedern zur Kenntniß, daß in der letzten geschlossenen Mitgliederversammlung beschlossen wurde, für die nächsten drei Monate eine Extrasteuer von 2/3 Agr. pro Mitglied zur Wahlagitation zu erheben. Der Vorstand.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sektion der Glaser.  
Mittwoch, den 10. Dez., Versammlung, Gerberstraße 56. — Tagesordnung: Wahl des Vorstandes.

**Leipzig** Der Verkehr und Arbeitsnachweis der Schuhmacher befindet sich Mühlengasse 3, b. Den. Schreiber, worauf alle Kollegen aufmerksam gemacht werden.  
Die Parteigenossen von Sonderhausen und Gneußken werden aufgefordert, sich wegen der Reichstagswahlen mit uns in Verbindung zu setzen.  
Das Wahlcomité der Arbeiterpartei in Arnstadt.  
C. Hägerich.

**Zur Agitation in Sachsen.**  
Spezialkarten von Sachsen pr. Expl. 9 Gr., unter Kreuzband free, Expl. 10 Gr., auf Feinwand gezogen pr. Expl. 27 Gr. 5 Pf. liefert gegen Einzahlung des Betrages in Briefmarken oder Postvorschuß.  
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

**Die Filialen,**  
welche von „Trug und Schug“ noch Expl. auf Lager ohne augenblickliche Verwendung haben, werden ersucht, solche sofort zu retourniren.  
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.  
Durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ ist zu beziehen:  
**Am Webstuhl der Zeit.**  
Lieferung 12 und 13  
Preis pro Lieferung 2 Groschen.  
Vollständig in 15 Lieferungen.  
**Ein Jahrhundert der Revolutionen.**  
Lieferung 1. 2. a 5 Groschen.

**Insertate**  
für die Mittwochnummer müssen **Montags**, für die Freitagnummer **Mittwochs**, für die Sonntagnummer **Freitags** Mittags in unseren Händen sein, wenn sie bestimmte Aufnahme finden sollen.  
Insertate bitten wir an uns zu adressiren.  
**Die Expedition des „Volksstaat“.**  
Leipzig: Verantw. Redacteur: R. Seiffert. (Redaction und Expedition Belgerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.